

# „Die Eiche“

Organ des Gewerbevereins der  
Holzarbeiter Deutschlands (H.-V.)

Abonnementspreis pro Monat 50 Mg.  
Lungen sticht man an den  
Berl. Gewerbeverein der Holzarbeiter  
Deutschlands  
Berlin N. O., Greifswalder Straße 222

Alle Zuschriften für die „Eiche“ an H. Barnholt, Ulm a. D., Poststr. 47, Telefon 1442  
Alle für das Hauptbüro des Gewerbevereins bestimmten Postfachen sind zu adressieren  
Gewerbeverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N O 54, Greifswalder Straße 222  
Eämtliche Geldsendungen an H. Schumacher, Berlin N O 54, Greifswalder Straße 222  
Postcheckkonto 10221 beim Postfachamt Berlin NW 7, Telefon Berlin Alexander 4719

Anzeigen die 4-spaltige Postkarte  
20 Pfennig  
Arbeitsmarkt 15 Pfennig  
Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

## Willkommen in Berlin!

Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Kollegen kommen, so rufen bereits die durch das Vertrauen der Mitglieder gewählten Delegierten zur Reise nach der Reichshauptstadt. So mancher ist unter ihnen, der diese Ehre, an solch wichtiger Tagung teilzunehmen, schon gehabt hat, andere wieder sind neu. Aber alle kommen mit dem festen Vorsatz nach Berlin, das Beste für den Gewerbeverein zu wollen.

Nicht in den Genüssen der Großstadt liegt der Reiz; denn die des öfteren Gewählten haben die Erfahrung gemacht, daß das Kleingeld in Berlin sehr schnell alle wird. Man hat auch dieses Mal von einer festlichen Veranstaltung während der Tagung Abstand genommen, trotzdem man den Delegierten eine kleine Erholung wohl gönnen könnte. Die Verwaltung der Berliner Ortsvereine hat es sich selbstverständlich nicht nehmen lassen, am Eröffnungstage der Generalversammlung eine der Würde des Tages entsprechende Begrüßungsfeier zu veranstalten. Unsere beiden Gewerbevereinsdichter Konrad Kohler-Augsburg und Hugo Hippe-Berlin werden wieder dieses Fest durch eigene von ihnen verfaßte Prologe zu verschönern suchen, was wir an dieser Stelle schon verraten wollen. Diese kleine Feier am Vorabend der Generalversammlung soll lediglich den Zweck haben, die Delegierten unter sich näher bekannt zu machen, die Berliner Kollegen sollen zu erneuter reger Mitarbeit durch den Ernst des Festes angespornt werden.

Den Delegierten erwartet eine überaus schwere Arbeit, es hat sich im Laufe der Zeit doch so mancher Stoff angesammelt, so manche Frage ist aufgeworfen, die gelöst werden muß. Die Entwicklung schreitet unablässig vorwärts und gerade die Holzarbeiter blicken auf eine schwere Zeit zurück, die noch keineswegs überwunden ist. Die ganze Schwere und Bedeutung dessen, was jedesmal zu lösen ist, kommt den Delegierten erst dann zu vollster Erkenntnis, wenn sie versammelt sind, die Berichte gehört haben und durch gegenseitige Aussprache wissen, wie es im ganzen Reich ausieht mit der ganzen Arbeiterbewegung und unserer Organisation. Das streift dann manche enge Ansicht, die der eine oder andere Delegierte von Hause mitgenommen hat, ab, der Blick wird frei für das Große und Ganze. Ohne Marschroute, ohne Voreingenommenheit muß jeder Delegierte an die Beratung der Anträge herantreten, gilt es doch nicht persönliche Vorteile zu erringen, sondern in dem Wohl und Wehe des Ganzen müssen sich alle Meinungsverschiedenheiten wieder zusammenfinden und darüber wird so mancher heiß gehegte Wunsch zurückstehen müssen. Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, Aufbesserung der Lebenslage unserer Kollegen und Kolleginnen, das muß nach wie vor unsere Richtschnur, unser höchstes Ziel sein, die kulturelle Hebung des Arbeiterstandes muß stets im Vordergrund unserer Bestrebungen stehen. Um dieses zu erreichen, dürfen wir auch nicht vor Opfer zurückschrecken. Alle kleinlichen Sachen, wie das Anspielen auf die verschiedenen Lohnverhältnisse in den einzelnen Landesteilen, sind von untergeordneter Bedeutung. Die Kollegen, die in den Großstädten die hohen Löhne wahren und dieserhalb ihr Arbeitsfeld in der Provinz nach vorhin verlegen, werden bald gewahr, daß der Verdienst wohl ein höherer, die Arbeitsleistung jedoch nur mit der höheren Entlohnung in Einklang zu bringen ist. Hinzu kommt, daß die Arbeitslosenzahl meist eine viel geringere als in der Provinz ist. Das große Heer der Arbeitslosen zieht sehr bald eine Rebellion der Meinung nach sich. Alles in allem, andere Orte, andere Verhältnisse. Der Kampf ums Dasein ist hien wie drüben und daher müssen wir auch unsern Blick über das Ganze schweifen lassen, und denselben nicht von kleinlichen, örtlichen Verhältnissen trüben lassen.

Die Hauptarbeit wird in den Beratungen über die gestellten Anträge zur Satzung, Beitrags- und Unterstützungsordnung liegen. Hierzu hat der Hauptvorstand eine Vorlage ausgearbeitet, die den einzelnen Delegierten bereits zugegangen ist, die als sogenannter Referentenentwurf anzusehen ist, in der die von den einzelnen Ortsvereinen gestellten Anträge nach Möglichkeit Berücksichtigung gefunden haben. Die Beitragsfrage dürfte eine weitgehende Erörterung auf dieser Tagung kaum erfahren, indem die Frage der Staffelbeiträge ihre gerechte Lösung bereits auf der letzten Generalversammlung gefunden hat. Dem allgemeinen Wunsche, die Streikunterstützung in den Vordergrund zu stellen und für einen zeitgemäßen Ausbau dieser Unterstützung Sorge zu tragen, dürfte im weitesten Maße entsprochen worden. Es ist ein erfreuliches Zeichen der geistigen Belebung, daß gerade in dieser Frage die Anträge recht zahlreich gestellt worden sind, es ist das beste Zeichen dafür, daß unsere Kollegen von der Notwendigkeit einer gehobenen Lebenshaltung durchdrungen sind.

Ein besonders frischer Zug macht sich in den Anträgen zur besseren Gewinnung der Jugend bemerkbar und dürfte auch hier dem Wunsche der meisten Anträge entsprochen werden. Eine besonders warme Fürsorge für unsere Arbeitsveteranen und die durch Inaktivität aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Kollegen klingt aus den hierzu gestellten Anträgen. Auch diese Anträge dürften einer wohlwollenden Prüfung unterzogen werden. Wir sind es diesen alten Kämpfern schuldig Mittel und Wege zu suchen, die geeignet sind, diesen Kollegen die dauernde Mitgliedschaft zu erhalten.

Sehr zahlreich sind die Anträge, welche einen Ausbau unseres Organs „Die Eiche“ fordern. Ueber die Notwendigkeit des Ausbaues dürfte es eine Meinungsverschiedenheit nicht geben, doch darf nicht übersehen werden daß diese Frage gleichzeitig eine Geldfrage ist. Die Generalversammlung wird ernstlich zu prüfen haben, wie weit der Ausbau erfolgen kann und was für die Hauptkasse als tragbar erscheint.

Einen besonders breiten Raum dürfte die Erörterung der Frage: Unsere Lohn- und Tarifpolitik, einnehmen. Diese Frage wird stets im Mittelpunkt erhöhter Aufmerksamkeit stehen, die Lohnbildung ist ein Hauptfaktor des Wirtschaftslebens, der Regulator in der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Es ist daher aus naheliegenden Gründen verständlich wenn diese Frage bei den Kollegen solch allgemeines Interesse auslöst. Neben diesen nur kurz ange deuteten Fragen und Anträgen liegen noch eine Reihe von Anträgen vor, mit denen die Delegierten sich eingehend werden beschäftigen müssen. Es harri ihrer, wie immer, eine schwere Arbeit, und jedem gerecht zu werden, ist nicht möglich. Darauf kommt es ja auch nicht an, die Hauptsache ist die, daß die Verhandlungen getragen werden von dem Geiste, der darauf bedacht ist, unsern Gewerbeverein nach innen und nach außen zu stärken. Dieser Geist wird auch dafür sorgen, daß man sich nicht in kleinlich nörgeleuden Redensarten verliert, sondern sich im ganzen von großen Gesichtspunkten leiten läßt. Dabei darf man keineswegs mit feiner Meinung zurückhalten, sondern frei und offen, wie es echten deutschen Gewerbevereinsmännern geziemt, wollen wir bekennen, was uns nicht gefällt und dabei gleichfalls einen Vorschlag zum Besseren machen.

So möge denn die Generalversammlung die Hoffnungen erfüllen, die jeder auf sie setzt. Unsere Berliner Kollegen werden die Delegierten wie üblich, gastlich empfangen und für einige heitere Stunden sorgen.

Wir aber rufen allen zu:

**Willkommen in Berlin!**

## Den Delegierten 1927.

Es lebt in unserer Organisation  
Eine Kraft, eine wunderbare,  
Gefördert im Zeitlauf der Jahre.  
Fast sechs Jahrzehnte vererbt sie sich schon  
Von Generation fort zu Generation,  
Im Fried' und im Sturm gleich beständig;  
Und allezeit rühmig, lebendig.

Mit eisernem Willen und Selbstvertrau'n,  
Vom Geist stetem Fortschritts geleitet,  
Der durch die Jahrhunderte schreitet.  
Des Geistes auf dessen Wirken wir schau'n,  
Der geht aus allen den deutschen Gau'n, —  
Getreu dem Vermächtnis der Alten, —  
In Berlin seines Amtes will walten.

Hier wo des Gewerkevereins Wiege stand,  
Hier wird es am besten gelingen  
Das Erneuerungswerk zu vollbringen;  
Mit der Spannkraft des Herzens, die unerbauet  
Den Aufstieg stets fördert, die Fährnisse bannt.  
So laute der Laugung Parole:  
„Selbstlos, der Gesamtheit zum Wohle!“

Er wählte, aus allen Bezirken im Reich,  
Des Gewerkevereins Bestes Elite,  
Vertrau'n erfüllt unser Gemüte,  
Voll Zubericht bliden wir alle auf Euch,  
Voll Zuneigung und voll Hoffen zugleich.  
Vom Geist der für Menschenrecht streitet  
Sei Eure Arbeit geleitet.

Hugo Hippe, Berlin.

## Arbeit und Schule.

Ueber die Zeit, in welcher die Arbeit als eine Sache der Sklaven, der Leibeigenen und Armen angesehen wurde, sind wir zwar hinaus, doch gibt es immerhin noch Menschen mehr als zuviel, die angesichts eines ererbten Reichthums für die Arbeit kein Verständnis aufbringen können, auch andere, welche das Arbeiten als eine Last ansehen. Je weiter ein Volk in der Bildung fortschreitet, desto mehr wird bei ihm die Arbeit zur Anerkennung gelangen und man wird sie nicht betrachten als einen Fluch für das Essen der Frucht vom verbotenen Baume. Das Arbeiten gehört zur Natur des Menschen, Untätigkeit ist unnatur, ist daher wenn nicht der Zustand des Einzelnen sie unmittelbar folgert unsittlich und in ihren Folgen verderblich. Wir können wohl sagen, daß in unserer Zeit die Auffassung von der Arbeit eine weit höhere ist, bis in die untersten Volksschichten hinein, als in früheren Zeiten. Nicht, um keine Langeweile zu haben, arbeitet der Kapitalist, und nicht nur um die notwendigsten Nahrungsmittel und sonstigen Lebensbedürfnisse sich zu verschaffen, strengt sich der Arbeiter an, nein, wenn beide die richtige Lebensanschauung gewonnen haben, so sind sie tätig, weil sie Menschen sind, und Untätigkeit nicht nur den Leib, sondern den Geist tötet. Das richtige, das menschenwürdige Arbeiten aber muß erlernt, muß anerzogen, der Mensch muß von Jugend auf zur Arbeit gewöhnt werden. Diese Aufgabe fällt vor allem dem Hause zu, aber auch der Schule.

Das Arbeiten unserer Zeit ist ein anderes, als das im vorigen Jahrhundert. Alle die vielen Beschäftigungen auf dem Acker, in der Werkstätte, in der Schreibstube sind andere geworden. Trefflich erfundene Maschinen nehmen uns den rein mechanischen Teil vieler Arbeiten ab, und innreich gefertigte Werkzeuge tun ein gleiches. Mit der Abnahme der gewissermaßen untergeordneten Beschäftigungen wird der Geist entlastet, er wird frei für die Herstellung der sogenannten jetzigen Arbeit. Der Arbeiter, dessen Arbeit mehr oder weniger in schnellem Gange durch die Maschine hergestellt wird, muß bei der Ueberwachung derselben, seine Aufmerksamkeit verdoppeln.

Das Arbeiten der Gegenwart ist zum großen Teil mehr geistiges Arbeiten geworden. Eine Reihe von Arbeitgebern vertreten allerdings den Standpunkt, daß heut die Maschine alles macht, der Arbeiter lediglich gar nichts oder sehr wenig bei der Arbeit zu tun hat. Man darf ja diese Auffassung nicht ernst nehmen, denn die Statistiken über Fälle, Krankheit und Lebensdauer der Arbeiter sprechen eine beredte Sprache.

Darüber ist man sich heute klar, daß heute in den meisten Fällen nicht Körperkraft nicht Knieenkäufe die Arbeit vollenden, sondern Geisteskräfte, Intelligenz, praktischer Blick usw. sind Forderungen, die man an den Arbeiter stellt, Denken, Wissen und Können, das sind seine besten Helfer. Um mit diesen Gaben ausgenutzt zu werden, müssen zur Erreichung dieses Zieles alle verfügbaren Verkräfte in Anspruch genommen werden; hierbei darf

die Schule, eine der wichtigsten Faktoren, nicht fehlen. Die Schule muß an Arbeit gewöhnen, ein reges Arbeitsbedürfnis im jungen Menschen erregen. Daher darf der Unterricht nicht alles geben, er muß den Schüler zum Schaffen, zum Selbstherstellen, zum Selbstgefallen anregen. Dabei muß er selbstständig das Verantwortungsgefühl werden. Das Wissen muß ihm zur Aufklärung über das Warum und Weil der Erscheinungen der Natur und des Menschenlebens leiten, nicht seinen jungen Kopf mit totem Wissenstrom anfüllen, nicht mit Dingen, die er in seinem Leben nie braucht.

Jede neue Maschine verlangt neue denkende Arbeiter, verlangt Kenntnis der einfachsten physikalischen Vorgänge, der gewöhnlichsten chemischen Erscheinungen. So vorteilhaft die Maschine bei richtiger Verwendung ist, soviel Schaden kann entstehen bei verfehlter Verwendung, bei falschem Gebrauche. Daher möglichst hohe Bildung für den Arbeiter, möglichst gute Schulen. Eine hinreichende Bildung erst setzt den Arbeiter in den Stand, zwar nicht unabhängig, aber selbstständig zu werden, nur durch sie erlangt er eine Anpassungsfähigkeit an viele Berufszweige. Eine gute Schulerziehung schafft aber auch ein weites Feld für die Berufswahl. Man sehe nur wie viele Berufszweige einem Kinde durch einen guten Zeichenunterricht, durch einen guten Rechnenunterricht eröffnet werden. Haben wir nicht Hunderte von Arbeitern, die durch ihre Schulkenntnisse angenehme Lebensstellungen sich erworben. Die hohe Bedeutung der Schulbildung wird auch von der Mehrzahl der Arbeiter erkannt, sie wissen recht gut, daß sie ihnen nützt, daher widerstreben sie auch der falschen Schulbildung. Sie erblicken nicht in der Schule eine Tochter der Kirche, nicht einen Stützpunkt des Konfessionalismus, sie sehen in ihr eine Bildungstätte für freie Menschen, wo nicht nach einzelnen Religionen und nach Konfessionen gefragt wird, eine Anstalt, wo der Christ neben dem Juden, der Evangelische neben dem Katholischen die höchsten sittlichen Lehren empfangt, wo ihnen die Kenntnisse für richtige Verwendung seiner körperlichen und geistigen Kräfte angeeignet werden. Weiter will der Arbeiter nicht eine Schule, in der seine Kinder abgesteckt von denen anderer Menschenklassen unterrichtet werden, er will nicht in die Schule hinein schon Klassenschiede und Klassenhass tragen, er will keine Arbeiterschulen, er will Schulen, wo Menschen erzogen werden; Menschen sittlich erstarbt und gekräftigt, ausgerüstet mit Wissen, mit Kenntnissen und Fertigkeiten fürs Leben, mit Lust und Liebe zur Arbeit, frei von allen Vorurteilen gegen andere Volksklassen. Gestaltet sich so die Schulbildung der Gegenwart auch für den Arbeiter, so wird man bald nicht mehr über die Unbrauchbarkeit und Unzuverlässigkeit der Arbeiter Klagen führen.

Nicht durch die Geburt wird der erwachsene Mensch was er ist, sondern durch Erziehung und Bildung. Jahrzehntelang wird nun schon dieser Kampf für die Arbeiterrechte und Bildung geführt und es wird noch lange andauernder Kämpfe bedürfen, um weitere Fortschritte zu erzielen. Zur Zeit ist der Kampf um die Schule besonders akut geworden. Reaktionäre, finstere Mächte nehmen erneut Anlauf, um die Freiheit zu beseitigen, den Gewissenszwang in die Schule neu einzuführen, den Religionskampf neu zu entfachen. Trotz der ungeheuren Not des Volkes, will man durch eine reaktionäres Schulgesetz das Volk mit weitere 1 1/4 Milliarden belasten, die geistige Freiheit soll beseitigt werden. Hier gilt es auch für uns als Gewerkevereiner den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen. Auch in diesem Kampfe um die geistige Schulfreiheit liegt ein großes Stück Gewerkevereinsarbeit, und müssen wir daher im Interesse der Gesamtheit mit nie ermüdender Ausdauer diesen Kampf weiter führen.

## Energischer Protest des Gewerkschaftsrings gegen die Steuerung.

Wiederholt haben wir auf die Preiswelle, auf die ständig wachsende Preistreibungen hingewiesen. Die Regierung sieht diesen Preistreibern mit verchränkten Armen zu. Die Planlosigkeit mit der das Reichskabinett vorlegen wie die Reichsbefolungsreform oder das Reichschulgesetz herausbringt, ohne die Frage der Deckung für die erhebliche Mehrbelastung des Stats vorher geklärt zu haben, verschärft die Beunruhigung, die in steigendem Maße die Massen infolge der zunehmenden Preissteigerungen ergriffen hat. Wo soll das Vertrauen zu einer Regierung herkommen, wenn man nicht imstande ist, die größte Not der Beamten zu steuern, monatelang wird bereits über diese Frage fortgewurstelt, ohne daß man zu einem greifbaren Resultat kommt. Die Schaffensfreudigkeit der Beamten wird durch solche Wurstelei wahrlich nicht gehoben, vielmehr steigt die Erbitterung ins Unermessliche. Was soll man dazu sagen, wenn eine Regierung, die für die Not ihrer Beamten nichts übrig hat, mit allen Mitteln ein nur den reaktionären Preisdienendes Schulgesetz durchzubringen sucht, welches nach Schätzung von Sachkennern den Reichsetat mit zirka 1 1/4 Milliarden belastet. Diese Hilfslosigkeit der Regierung hat auch unsere Spitzenorganisation, den Gewerkschaftsring auf den Plan gerufen. Der Vorstand des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände hat sich deshalb mit einer Eingabe an die Reichsregierung gewandt, in der auf die ernste Lage hingewiesen, die besonderen Krisenquellen aufgezeigt und die Forderung nach energischen Maßnahmen erhoben wird.

Die Eingabe, die am 2. Oktober 1927 der Reichsregierung zugeleitet worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Mit steigender Besorgnis erlebt die deutsche Verbraucher-schaft die wachsende Teuerung. Der Lebenshaltungsinde-z zeigt die Entwicklung des individuellen Preisniveaus, die erkennen läßt, daß seit Anfang des Jahres 1923 eine fortgesetzte Verteuerung des Lebensunterhaltes eingetreten ist. Die Preisentwicklung nach oben hat in den ersten 10 Monaten dieses Jahres eine besondere Verschärfung er-fahren, so daß vor allem die Preise für die Güter und Waren des allgemeinen Konsums um mehr als 15 Prozent gestiegen sind. Dabei dürfen wir mit besonderem Nach-druck darauf hinweisen,

daß gerade die Nahrungsmittel für die breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger besonders von dieser allgemeinen Teuerungsbewegung er-faßt sind.

Kartoffeln, Milch, Brot und Fleisch weisen sogar in diesem Jahr eine Preissteigerung von mehr als 20 Prozent auf. Ganz besonders bedenklich erscheint uns die Tatsache, daß in Berlin die Kleinverkaufspreise für Brot seit Jahren die wesentlichsten Volksnahrungsmittel ganz beträchtlich über die vom Statistischen Reichsamt festgestellten Maßstäbe hinaus gehe. Hinzu kommt die Erhöhung der Preise für Mieten, so daß sich die allgemeine Lage der deutschen Ver-bräucher-schaft in den letzten Monaten katastrophal ver-schlechtert hat, da es nur einem Teil der Verbraucher-schaft gelungen ist, bescheidene Lohn- und Gehaltserhöhungen durchzusetzen. Diese vermochten es aber nicht zu verhindern, daß sich die reale Kaufkraft der deutschen Lohn- und Ge-haltsempfänger weiterhin verminderte.

Den deutschen Arbeitern und Angestellten hat sich in-folge dessen eine lebhaftere Beunruhigung bemächtigt, um so mehr, als

alle Erklärungen der Reichsregierung, der allge-meinen Teuerungsbewegung durch geeignete Maß-nahmen entgegenzutreten, bisher von keinem prak-tischen Ergebnis begleitet gewesen sind.

Die Reichsregierung beschränkt sich im allgemeinen darauf, durch Mahnungen und Drohungen an die Wirtschaft Ein-fluß auf deren Preisgestaltung zu nehmen. Es scheint uns aber eine romantische Auffassung zu sein, zu glauben, da-durch, auch nur in bescheidenstem Umfang, auf die Preispoli-tik der privaten Wirtschaft irgend einen positiven Einfluß nehmen zu können. Will die Reichsregierung ihn im In-teresse von Volk und Gesamtwirtschaft ausüben, so muß sie sich nach unserer Meinung endlich dazu entschließen, die ihr gegebenen Machtmittel zur Anwendung zu bringen, um durch eine energische und planmäßige Wirtschaftspolitik die unheilvolle Teuerungswelle zu brechen. Gesetzgeberische Maßnahmen sind erforderlich, sie sind schleunigst durch-zuführen, um eine weitere Zuspitzung der sozialen Lage zu vermeiden.

Der Vorstand des Gewerkschaftsringes ist der Auffas-sung, daß vor allem jene monopolistischen Tendenzen in un-serer Volkswirtschaft durch eine zielbewusste wirtschaftspol-itische Gesetzgebung in ihrer verhängnisvollen preisver-teuernden Auswirkung eingeschränkt werden müßten. Denn die Preisbildung erfolgt überwiegend nicht mehr nach der natürlichen Gesetzmäßigkeit der Individualwirtschaft, sondern wird von den kartellierten und syndizierten Produzenten monopolistisch bestimmt. Da auch der Handel zur monopo-listischen Marktbeherrschung vielfach schon zu kartellmäßigen Zusammenschlüssen gekommen ist, vermag er sich oft in einem solchen Umfang in den nationalen Güterumschlag einzuschal-ten, daß er in Form eines unnatürlich entwickelten Ab-schlepphandels auch seinerseits die preissteigenden Momente zu verstärken vermag. Durch hohe Zölle ist jene monopo-listische Entwicklung beträchtlich gefördert worden, da meist erst durch sie die preisbildende Stellung zahlreicher Wirt-schaftszweige ermöglicht worden ist. Wir kennen die Be-mühungen des Herrn Reichswirtschaftsministers, gemäß der Haltung Deutschlands auf der Genfer Weltwirtschaftskon-ferenz, das übersteigerte Zollniveau zu senken und vor allem von seiner „Güldenlosigkeit“ zu „entlasten“. Jedoch will es uns scheinen, als ob dem noch große Widerstände entgegentreten, jedenfalls die praktische Ausführung noch längere Zeit auf sich warten lassen soll. Das scheint uns aber unerträglich zu sein. Auch die von den Gewerkschaften des Inlandes und mit Nachdruck geforderte Erweiterung der sich als unzulänglich erweisen Kartellbeschränkung aus dem Jahre 1923 ist bisher nicht über das Stadium akade-mischer Betrachtungen im sogenannten „Entqueteverfahren“ der praktischen Ausführung hergebrannt worden. Dem Monopolismus der Kartelle und Trusts ist bis heute kaum die volkswirtschaftlich gebotene Beschränkung auferlegt worden.

Infolgedessen schreitet die verhängnisvolle Teuerungswelle unaufhaltsam fort. Außerdem — und hierauf möchten wir die Reichsregierung mit besonderem Nachdruck hinweisen! — besteht die begründete Befürchtung, daß weite Preise der Wirtschaft die Erhöhung der Beamtengehälter zum will-kommenen Anlaß nehmen, um ungerechtfertigterweise und völlig willkürlich weitere Preissteigerungen eintreten zu lassen. Dadurch wäre aber nicht nur die beabsichtigte Wir-kung der Beamtenbesoldungsreform zunächst gemacht, sondern die Lohn- und Gehaltsempfänger, auch der privaten Wirt-schaft, wären durch eine weitere Verminderung ihrer Kauf-kraft schwer geschädigt.

Die Regierung hat diese Gefahren selbst erkannt und durch den Mund des Herrn Reichsfinanzministers Maßnah-men dagegen angekündigt.

Inzwischen ist aber nichts geschehen,

nur daß die Preisbewegung weiter fortschreitet, um zum Schaden der Volkswirtschaft aus der Erhöhung der Beamten-gehälter ungerechtfertigterweise die Steigerung des privat-wirtschaftlichen Nutzens für einzelne Handels- und Produ-zentenkreise zu erwirken. Das tägliche Brot des deutschen Lohn- und Gehaltsempfängers wird knapper und lärer. Unzufriedenheit und Empörung in den breitesten Volks-schichten, die beinahe wehrlos diesem Wucher ausgesetzt sind, wachsen. Der Vorstand des Gewerkschaftsringes macht die Reichsregierung mit allem Ernst und Nachdruck auf diese verhängnisvolle Entwicklung aufmerksam und erwartet, daß die Reichsregierung mit großer Entschiedenheit, planmäßig und unverzüglich, dieser unheilvollen Teuerungsbewegung entgegentritt, um größeren Schaden für Volk, Staat und Wirtschaft zu vermeiden.

Der unterzeichnete Vorstand des Gewerkschaftsringes hält es außerdem für wünschenswert, in mündlicher Unterredung mit dem zuständigen Herrn Ressortminister den Inhalt dieser Eingabe zu erörtern.

Unsere Spitzenorganisation des Gewerkschaftsringes hat hier in klaren Worten all die Fehler und Mängel, welche zu Preissteige-rungen führen, aufgedeckt. Gleichzeitig ist auf die sich ergebenden politischen und wirtschaftlichen Gefahren hingewiesen. Die Re-gierung wird sich zu der Eingabe äußern müssen, es ist gewisser-maßen eine Warnung in letzter Stunde. Wird dieselbe von der Regierung nicht beachtet, rafft dieselbe sich nicht zu wirksamen Maßnahmen auf, dann darf man sich über die eintretenden Folgen nicht beklagen. Auch hieraus müssen unsere Kollegen ihre Lehren ziehen, der feste Wille zur Tat muß darin zum Ausdruck kommen, indem wir unermüdblich mit allen Kräften für den Ausbau unserer Organisation Sorge tragen.

## Die Lage im Bildhauergewerbe.

Wer aufmerksam den Arbeitsmarkt verfolgt, wird finden, daß sich in der Holzindustrie und im Holzgewerbe eine überaus be-grüßenswerte Aufwärtsbewegung bemerkbar macht. Die Nach-frage nach Möbeltischlern, Möbelpolierern und Maschinenarbeitern ist überaus stark. In der Musikinstrumentenindustrie ist ein flotter Geschäftsgang zu verzeichnen, auch die Modelltischler sind gut be-schäftigt. Dagegen bietet sich für Drechsler, Stellmacher und Holze-bildhauer nur geringe Arbeitsmöglichkeit.

Ganz besonders im Bildhauergewerbe ist die Arbeitslosigkeit sehr groß. Dies ist in der Hauptsache auf die neue Stilmode zurück-zuführen. Bei dem Bericht über die Berliner Möbelmesse haben wir bereits auf das Streben nach ruhigen, großen Flächen hingewiesen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, macht sich hierin bereits wieder eine Abkehr bemerkbar. Im Interesse der arbeitslosen Bildhauer und des schwer darniederliegenden Bildhauergewerbes wäre diese Ab-kehr nur zu begrüßen. Zur Gesundung dieses Berufes hat der All-gemeine Deutsche Bildhauerbund auf seiner Tagung den Beschluß gefaßt, daß jedes Bundesmitglied verpflichtet ist, im Prinzip seine Arbeiten mit Gehilfen auszuführen und bei der Preisberechnung den Tariflohn als Grundlage zu nehmen. Den Innungen und ein-zelnen Bundesgruppen ist die Pflicht auferlegt, mit allen moralischen und gesetzlichen Mitteln auf die Durchführung dieses Beschlusses hin-zuwirken. So begrüßenswert dieser Beschluß ist, so muß unseres Erachtens in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß durch eine Stilrichtung die Beschäftigungsmöglichkeit im Bildhauergewerbe eine bessere wird. Wie so manche Branche im Holzgewerbe hat auch das Bildhauergewerbe eine gewisse Tradition hinter sich, mit gerechtem Stolz haben wir oft die Arbeit betrachtet, die vielfach etwas künst-lerisches in sich barg. Die breite Öffentlichkeit hat an der Er-haltung dieses Gewerbes ein allgemeines Interesse, was in Wort und Schrift wieder nach gerufen werden muß. Unsere Kollegen haben und werden ihren festen Halt stets in ihrer Organisation finden. Diese schwere Zeit ist besonders geeignet den festen Zusam-menschluß herbeizuführen, ein fester Wille muß auch diese Kollegen befeelen. Nur so ist es möglich, diese schwere Zeit zu überwinden.

## Erfolge in der Uhrenindustrie.

Seitens der am Kollektivabkommen für die Uhrenindustrie beteiligten Arbeitnehmerorganisationen wurden anlässlich der Regelung der Arbeitszeit und der Urlaubsfrage Forderungen gestellt, die sich vornehmlich auf diejenigen Arbeiter erstreckten, die als Akkordarbeiter genötigt sind vorübergehend im Stundenlohn zu arbeiten und auch qualifizierte Arbeiter die auf Grund ihrer Beschäftigung keine Gelegenheit haben im Akkord zu arbeiten. (Sog. 18 b Leute.) In der Erledigung all dieser Fragen bestanden nicht allein Meinungsverschiedenheiten, sondern auch Lohnunterschiede die für sich allein schon fortgesetzt Unzufriedenheit erzeugten. Die Arbeiterorganisationen forderten in solchen Fällen die durchschnittlichen Lohnsätze eines Akkordarbeiters, mindestens solle aber der Verdienst nicht unter dem Mindeststundenlohn figurieren.

In gegenseitigen Verhandlungen erzielte man keine Einigung. Es mußte darum der Schlichtungsausschuß Notwendig angerufen werden. Der am 5. Oktober gefällte Schiedsspruch änderte allerdings nichts an der grundlegenden Fassung der Ziffer 18 a und b des R. U., erklärte jedoch in der nachfolgenden Ziffer 20 c des R. U. daß bei Akkordarbeit der Mindeststundenlohn nicht unterschritten werden dürfe.

Für solche Akkordarbeiter, die vorübergehend im Zeitlohn arbeiten müssen, legte sich der Schiedsspruch auf einen Stundenlohn des bisherigen Akkorddurchschnittsverdienstes, gemessen an den letzten 4 Lohnperioden minus 8 Prozent fest. Er muß aber mindestens Einstellohn plus 20 Prozent betragen.

In seiner Begründung stützt der Schlichtungsausschuß die Forderung der gewerkschaftlichen Organisation und stellt fest, daß es nicht als unberechtigt von der Hand zu weisen sei, wenn für die genannten Stundenlöhne eine Angleichung ihrer Entlohnung an gleichwertige Akkordarbeiter angestrebt werde.

Während die Arbeitnehmerseite diesen Schiedsspruch annahm, erbat sich die Arbeitgeber eine verlängerte Erklärungsfrist aus, brauchten jedoch in der Zwischenzeit mit den Gewerkschaften weitere Verhandlungen an, die letzten Endes zu einer Vereinbarung führten, die den Schiedsspruch unentbehrlich machten.

1. In Ziffer 18 a R. U. wird die Zahl 15 auf 22 Prozent erhöht.  
In Ziffer 18 b R. U. die Zahl 20 auf 27 1/2 Prozent.
2. Ziffer 20 c erhält folgenden Beisatz: jedoch dürfen die Mindeststundenlöhne nicht unterschritten werden.
3. Ziffer 22 a erhält folgende Fassung: Akkordarbeiter, die vorübergehend im Zeitlohn arbeiten, erhalten für diese Zeit einen Stundenlohn, der mindestens Einstellohn plus 30 Prozent beträgt, sofern ihr Akkorddurchschnittsverdienst E. plus 40 oder mehr erreicht; in den anderen Fällen aber mindestens E. plus 20 Prozent.
4. Die bisherige Fassung von Ziffer 25 bleibt bestehen.
5. Ziffer 4 b erhält den Zusatz: 11 Uhr Frauen ausgenommen.

Dadurch ist zweifellos ein großer Zankapfel in der Uhrenindustrie beseitigt. Dringend zu wünschen ist aber, daß auch die Arbeiterchaft die Bemühungen zu würdigen weiß und mit größerem Eifer in der Vorbereitung für den Gewerbeverein tätig ist. Es ist leider festzustellen, daß ein großer Teil der Kollegen, ob organisiert oder unorganisiert alle diese Errungenschaften als eine Selbstverständlichkeit betrachtet und absolut nichts dazu beiträgt und tut um den Gewerbeverein wie die Organisation überhaupt zu stärken und ihr neue Mitglieder zuzuführen. Die Unorganisierten, deren Zahl in der Uhrenindustrie Region ist, können sich in den Errungenschaften der gewerkschaftlichen Organisation und sehen die Gefahren nicht, was denn geworden sei, wenn gerade im gegenwärtigen Falle die gewerkschaftliche Organisation nicht eingegriffen hätte. Gerade dieser immanente Teil der Uhrenarbeiterchaft die von den sportlichen Interessen vollkommen gefangen genommen sind, sollte den Gedanken der absoluten Wertschätzung ablegen und sich daran erinnern, daß die gewerkschaftliche Arbeit erst die Vorbedingung schafft um überhaupt dem Sport nachgehen zu können. Die Gewerbevereinskollegen überall bitten wir die Vorbereitung erfolgreich zu unterstützen und die Unorganisierten zur Umkehr zu veranlassen.

Gannstatt-Stuttgart

Carl Fuchs.

## An die Süddeutschen Ortsvereine.

### Werte Gewerbevereinskollegen!

Es sind nun mehr als vier Monate ins Land gegangen, seit wir in Augsburg bei der Gewerbevereins- und Jugendtagung beisammen waren. Wir Augsburger danken Ihnen allen nochmal recht herzlich für ihre so zahlreiche Beteiligung. Sie nochmal an den Zweck der Tagung zu erinnern halten wir uns verpflichtet.

Wir sind zusammengekommen um uns gegenseitig kennen zu lernen, um das Band das uns umschlingt, fester zu knüpfen, hauptsächlich aber um zu beraten, wie wir unsere Bewegung fördern können. Das ausgezeichnete Referat des Kollegen Czieslik, worüber ja ausnahmsweise in den Fachorganen berichtet wurde und in welchem der Referent die für die Arbeitnehmerschaft hervorragende und ersprießliche Arbeit der Deutschen Gewerbevereine seit ihrem fast 60-jährigem Bestehen schilderte, gab hierzu manchen Wink.

Auch in der darauffolgenden Ansprache wurden Anregungen gegeben.

Wohl stellen sich bei der Agitation, wie dies ja früher auch der Fall war, Schwierigkeiten entgegen, die aber durch zähe und energische Arbeit überwunden werden können.

Wollen wir vorwärts und dem Ziel, das wir uns selbst gesetzt haben, der Verbesserung unserer Lage in Lohn- und Arbeitsbedingungen, in sozialer und rechtlicher Beziehung etc. näher kommen müssen wir alles daran setzen und das selber so große Heer der Unorganisierten für uns zu gewinnen. Zweifellos wären wir schon weiter, wenn nicht eine so erhebliche Anzahl den Organisationen fernstünden.

Es ist deshalb Pflicht der Vorstände, Vertrauensmänner und Mitglieder allerorts in eine energische Agitation einzutreten. Dies kann in den Betrieben, auf dem Wege zu und von der Arbeit, ferner überhaupt bei allen sich bietenden Gelegenheiten geschehen. Es können Adressen von Nichtorganisierten gesammelt und dieselben in der Wohnung aufgesucht werden, wo es möglich und angängig ist. Gesellige Zusammenkünfte veranstaltet und zu diesen auch die Familien der Unorganisierten eingeladen werden um auch die Frauen und Jugendlichen mit unseren Bestrebungen bekannt zu machen denn oft liegt bei den Frauen der Hemmschuh. Bei solchen Gelegenheiten kommt man auch an die Jugendlichen heran, die wir ebenfalls und erst recht für uns gewinnen müssen, denn die Devise „wer die Jugend hat, hat die Zukunft“ gilt heute mehr denn je. Es muß deshalb versucht werden an allen Orten Jugendabteilungen zu gründen. Hierzu ist allerdings notwendig, daß sich in erster Linie die Gewerbevereinskollegen mit ihren Kindern beteiligen dann sind auch andere zu gewinnen. Durch Spiel, mäßigen Sport, Wanderungen, lehrreiche Vorträge etc. läßt sich eine Jugendabteilung zusammen und aufrechterhalten, wenn die älteren Kollegen mitarbeiten.

Nun kommen die Herbst- und Wintermonate, die sich bei künftlich am besten zu solchen Arbeiten eignen und müssen deshalb alle Ortsvereine und Berufsgruppen diese Zeit nützen.

Werbematerial wird, soweit nicht schon vorhanden, an die Hauptleitungen gerne zur Verfügung gestellt.

Kollegen! Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, sie noch mal an die Pfingsttagung und an das damals gegebene Versprechen zu erinnern; daß wir unsere ganze Kraft einbringen wollen zur Stärkung der Gewerbevereine, zum Wohle der gesamten Arbeitnehmerschaft und mithin zum Wohle des ganzen deutschen Volkes.

Auf zur Agitation!

Augsburg, den 12. Oktober 1927.

Ortsverband der Deutschen Gewerbevereine.

Josef Berchtold  
Voritzender.

## Verlorenes Mitgliedsbuch.

Nachstehendes Mitgliedsbuch ist als verloren gemeldet und wird hiermit als ungültig erklärt:

**24330 Zolowst-Danzig.**

Unterstützung darf auf dieses Buch nicht gezahlt werden.

Der Hauptvorstand.

## Sprechmaschinen

Lieferung überallhin bei geringer Anzahlung,

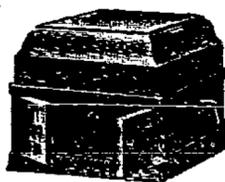
Rest gegen bequeme

Wochen-Raten von 1.— Mark an

Spielwaren in großer Auswahl

„Hannibal“-Gesellschaft, Halle-S. 310.

Katalog gratis und franko.



## Sprechmaschinen-Zubehör

Laufwerke, Plattenteller, Tonarme, Schalldose

und alle Bestandteile.

C. W. Lohse, Hamburg 13, Schröderstraße 7.